

Herrn  
Regionspräsidenten  
Steffen Krach

Frau  
Vorsitzende der Regionsversammlung  
Christiane Schlicker

übrige Fraktionen z.K.

im Hause

Hannover, den 25.10.2023

### **Antrag gemäß § 8 Abs. 1 der Geschäftsordnung**

In die Sitzung der Regionsversammlung am 14.11.2023

### **Die Regionsversammlung beschließt folgende Erklärung:**

Seit dem 7. Oktober 2023 sind über 1.400 unschuldige Menschen in Israel von Terroristen ermordet worden, mehr als 200 Zivilisten wurden als Geiseln entführt und darunter Frauen, Kindern und Babys. Die Berichte und Bilder von unvorstellbarer Grausamkeit erfüllen uns mit größter Sorge. Unsere Gedanken sind bei den von Terror betroffenen Menschen in Israel und bei unseren Freunden in unserer Partnerregion Unter-Galiläa.

In diesen Tagen stehen wir fest und in Solidarität an der Seite Israels.  
Vor diesem Hintergrund erklärt die Regionsversammlung:

- Die Regionsversammlung bekundet ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem Staate Israel, mit den israelischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern und insbesondere mit der in Freundschaft verbundenen Region Unter-Galiläa, zu der eine lange Verbundenheit besteht.
- Die Regionsversammlung verurteilt grundsätzlich jede Form der Gewaltanwendung, des Terrors und des Hasses. So auch die anhaltenden, flächendeckenden Raketenangriffe der palästinensischen Terrororganisation Hamas gegen die israelische Bevölkerung. Wir fordern einen sofortigen Stopp der Angriffe auf Israel und die Freilassung aller von terroristischen Organisationen nach Gaza entführten Personen. Den völkerrechtswidrigen Aktionen der islamistischen Hamas und ihrer Unterstützer muss unverzüglich Einhalt geboten werden. Israel hat ein völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung.

- Die Regionsversammlung verurteilt grundsätzlich jede Form von Antisemitismus und der Feindlichkeit gegenüber jüdischen Mitmenschen. So auch die aggressiven, antiisraelischen und antisemitischen Ausschreitungen und Anschläge gegen jüdische Einrichtungen in zahlreichen deutschen Städten in den vergangenen Tagen. Antisemitismus darf in Deutschland und in der Region Hannover keinen Platz haben.
- Die Regionsversammlung bekennt sich auch aus der historischen Verantwortung heraus zum unbedingten Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und in der Region Hannover. Wir sind besonders stolz auf unsere jüdischen Gemeinden, deren religiöses, soziales und kulturelles Leben einen festen Platz in unserer Region hat.
- Seit 42 Jahren pflegt die Region Hannover eine enge Partnerschaft zu unseren Freunden aus Unter-Galiläa. Freunde stehen auch in Krisenzeiten zusammen. Darum möchten wir diese als Region Hannover weiter intensivieren und zusätzlichen Austausch von Politik, Verwaltung, Schülern und Akteuren der Zivilgesellschaft über die bestehenden Programme hinaus entwickeln.
- Die Regionsversammlung fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich und mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln auf die schnellstmögliche Beendigung der gegenwärtigen gewaltsamen Auseinandersetzungen hinzuwirken.
- Die Regionsversammlung begrüßt die Absicht der Bundesregierung, für die Terrororganisation Hamas und ihr angegliederte Vereine ein Betätigungsverbot umzusetzen. Darüber hinaus fordert die Regionsversammlung Bundes- und Landesregierung auf in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden weitere Maßnahmen zu prüfen, um antisemitische Straftaten aufzuklären und jüdisches Leben in Deutschland umfassend zu schützen.

Bernward Schlossarek  
(Vorsitzender der Gruppe CDU/FDP)

CDU-Fraktion Region Hannover Hildesheimer Str. 20 30169 Hannover Postanschrift: Postfach 147, 30001 Hannover Tel.: 0511 / 616 22190	FDP-Fraktion Region Hannover Hildesheimer Str. 20 30169 Hannover Postanschrift: Postfach 147, 30001 Hannover Tel.: 0511 / 616 22196
---	---